

Stimmen zum Atomwaffenverbot:

Heidi Wieczorek-Zeul: Deutschland muss mitmachen beim Atomwaffenverbot

In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau forderte Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorsitzende des Willy-Brandt-Kreises und von 1998 bis 2009 Ministerin für Entwicklung, Deutschland solle endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten. Deutschland weigert sich, dem von vielen Staaten unterstützten Vertrag beizutreten. Das muss sich ändern. Denn ein neues Wettrüsten droht ...“

Quelle: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/heidi-wieczorek-zeul-deutschland-muss-mitmachen-beim-atomwaffenverbot/>

Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für Atomwaffenverbot

Im Juni 2019 hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax der Deutschen Bischofskonferenz eine Erklärung veröffentlicht, in der eine weltweite Ächtung von Atomwaffen gefordert wird. Vor dem Hintergrund der internationalen Erfahrung mit Atomwaffen das Für und Wider müsse man feststellen: Vor dem Hintergrund der katholischen Friedenslehre und der Haltung der Katholischen Kirche zu Atomwaffen sei weder der Besitz noch gar der Einsatz von Atomwaffen ethisch oder politisch zu rechtfertigen. Die Kommission will mit ihrer Erklärung Initiativen Unterstützung geben, die sich für eine vollumfängliche Ächtung von Atomwaffen stark machen. Eine solche Ächtung, so heißt es in der Erklärung weiter, sei der erste wichtige Schritt für eine nukleare Abrüstung.

Quelle: https://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20190618_pm_atomwaffen.php

Rheinland-Pfalz fordert Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landtag von Rheinland-Pfalz am 22. August 2019 in einem Beschluss „Atomwaffenverbot statt einem neuen atomaren Wettrüsten“ die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot einzusetzen.

Quelle: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/rheinland-pfalz-fordert-beitritt-deutschlands-zum-un-atomwaffenverbot/>

Das Berliner Abgeordnetenhaus

hat am 9. Mai 2019 beschlossen, den Berliner Senat aufzufordern, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen sowie den ICAN-Städteappell zu unterzeichnen.

Quelle: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/berlin-fuer-atomwaffenverbot/Stadt>

Stadt Köln fordert Beitritt zum Atomwaffenverbot

Neben Mainz, Wiesbaden und Marburg fordert auch die Stadt Köln den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen. Am 05.03.2019 unterzeichnete Oberbürgermeisterin Reker den Appell an die Bundesregierung: „Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen...Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf“

Quelle: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/koeln-fuer-ican-appell/>

Kirchenvertreter fordern Beitritt Deutschlands

Aus Anlass der Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki forderten der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Pastor Renke Brahms, und der katholische Bischof Heinz Josef Algermissen, Präsident von Pax Christi, den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot.

Pastor Brahms: „Es ist höchste Zeit, einen Weg zu gehen, den die Weltgemeinschaft bei biologischen und chemischen Waffen oder bei den Landminen auch gegangen ist: die Ächtung der Atomwaffen und deren Abschaffung.“ Bischof Algermissen: „Der Beschluss eines Atomwaffenverbotsvertrages durch die Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 ist ein historischer Tag. 72 Jahre nach dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit verheerenden Folgen ist damit ein großer Schritt zur Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen getan.“

Quelle: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/ein-jahr-uno-atomwaffenverbotsvertrag-kirchenvertreter-fordern-beitritt-deutschlands/>

Unterstützen Sie den Aufruf »für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik jetzt!« mit Ihrem Namen!



... oder die Arbeit der Initiative »Neue Entspannungspolitik, JETZT!« mit einer Spende. Unser Spendenkonto: »Ulrich Frey – Entspannung Jetzt«, Volksbank Bonn-Rhein-Sieg e.G., Bad Honnef, IBAN: DE68 3806 0186 5614 1380 19 BIC: GENODE33BRS

www.neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/

Hrsg: Initiative »Neue Entspannungspolitik, JETZT!«
www.neue-entspannungspolitik.berlin

ViSdP: Burkhard Zimmermann · E-Mail: burkhard.z@t-online.de